

# Insolvenzen in Europa

Jahr 2002/03

Eine Untersuchung der  
Creditreform Wirtschafts-  
und Konjunkturforschung

## **INHALT**

## **SEITE**

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Insolvenzen in Europa</b>	<b>3</b>
	2.1 Die aktuellen Insolvenzzahlen im Jahre 2002	3
	2.2 Kein Ende abzusehen: Unternehmensinsolvenzen in Deutschland	7
	2.3 Insolvenzrecht der Länder	9
	2.4 Große Unternehmensinsolvenzen	12
<b>3</b>	<b>Strukturen mittelständischer Unternehmen in Europa – Insolvenzen vor dem Hintergrund der Konjunktur</b>	<b>14</b>
<b>4</b>	<b>Engpass Finanzierung: Zur Stabilität mittelständischer Unternehmen in Europa</b>	<b>23</b>
<b>5</b>	<b>Insolvenzen in den USA und Japan</b>	<b>31</b>
<b>6</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>34</b>
	<b>Verzeichnis der Informationsquellen</b>	<b>38</b>



## ■ 1 Einleitung

Das Jahr 2002 war ökonomisch kein gutes Jahr. Während es an den Kapitalmärkten und bei der Konjunktur eher die enttäuschten Hoffnungen waren, welche die Erinnerungen an 2002 so grau machen, ist im Hinblick auf die Stabilität der Unternehmen von einem historischen Tiefpunkt zu sprechen. Dabei sind es in Deutschland wie auch in anderen Ländern nicht nur die Gesamtzahlen zu den Unternehmensinsolvenzen, die ein – zumindest seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts – „all time high“ erreichen. Hinzu kommt, dass Großinsolvenzen von sich reden machen, in einer Häufung und einer Dimension, die es kaum je zuvor gegeben hat. Mit bitterer Ironie spricht eine englischsprachige Zeitung davon, dass die USA 2002 die größte, zweitgrößte und viertgrößte Insolvenz in ihrer Geschichte vorzuweisen hatten. In Deutschland entsprach der amerikanischen Enron-Pleite der Zusammenbruch des Kirch-Imperiums. Die Großinsolvenzen hatten aber nicht nur direkte Folgen für die Gläubiger, seien es Arbeitnehmer, Banken, Lieferanten oder Investoren. Eine größere Rolle als der pekuniäre Verlust spielt das Vertrauen, das verloren ging. Dieser Vertrauensverlust ergibt sich nicht einfach nur daraus, dass in einem Maße auf den (technischen) Fortschritt gesetzt wurde, der nicht zu rechtfertigen war. Die Zeiten sind nicht reif für Pay-TV oder den Handel von Energie im Internet – das haben Kirch-Media und Enron erfahren müssen. Nur gehört ein Verkennen von Zukunftschancen zur Marktwirtschaft und wer sich zu „hype“ verhält, den strafft die Insolvenz.

Viel schlimmer wiegt die Aufdeckung der Machenschaften, die auch bei großen Insolvenzen möglich sind und die den Fall von Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit juristisch in die Nähe von Unterschlagung und Betrug rückt. Es hat der Stimmung und den Zahlen der Wirtschaft in 2002 geschadet, dass die Beteiligten von Insolvenzen nicht nur einen Vertrauensverlust hinzunehmen hatten, sondern dass die Kontrollmechanismen offensichtlich nicht funktioniert haben.

***Insolvenzen bestimmen das  
Klima***

## **Glaube an die Marktwirtschaft**

Wohin das vielgepriesene CEO-System, dass kurz vorher noch als Muster für die Ausgestaltung der Verantwortlichkeit in deutschen Gesellschaften gehandelt wurde, amerikanische Unternehmen führen kann, lag nun auf der Hand. Aber auch die Bilanzierung nach US-GAAP oder das System der Stockoptions musste sich ebenso kritische Fragen gefallen lassen, wie deutsche Unternehmenskonstruktionen, die sich hinter einem Geflecht von verschachtelten Unternehmen und scheinbarer persönlicher Haftung jeder Transparenz entziehen konnten. Vom Aufsichtsrat über die Wirtschaftsprüfer bis zu den Regeln der Unternehmensbilanzierung steht alles auf dem Prüfstand.

Insolvenzen dürfen nicht zum Dreh- und Angelpunkt eines circulus vitiosus werden. Banken und Finanzmärkte, Investoren und Gesellschafter sind verunsichert. Das Geld für die Finanzierung ist da, aber niemand mag es einsetzen. Das Wort Kredit kommt von Credere und bedeutet Glauben, das Credo einer freien Marktwirtschaft aber ist erschüttert. Dies betrifft nicht nur ein Downgrading für Anleihen von Großunternehmen, sondern auch kleine und mittlere Unternehmen, die sich ihre Finanzierung bei der Hausbank sichern müssen. Auch das „Hausbank-Prinzip“ hat im Zuge der Masse von Insolvenzen im Mittelstand – und vielleicht weniger als durch Basel II – gelitten.

Es gilt jetzt, diese Abwärtsspirale aufzuhalten. Die Regeln der corporate governments sind zu überprüfen, zu modifizieren oder zu ersetzen. Damit die Zahl der Insolvenzen in jeder Dimension geringer wird.

## ■ **2 Insolvenzen in Europa**

### **2.1 Die aktuellen Insolvenzzahlen im Jahre 2002**

Die Insolvenzzahlen in Westeuropa haben 2002 gegenüber dem Vorjahr deutlich zugelegt. Das betrifft sowohl die Gesamtinsolvenzen – unter Einschluss der Insolvenzanträge von Privatpersonen – als auch die Unternehmensinsolvenzen. 241.000 Gesamtinsolvenzen entsprechen einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 21,7 Prozent (2001: 198.000 Gesamtinsolvenzen).

Tab. 1: Insolvenzen in Europa von 1997 - 2002

■	Absolut						Veränderungen in Prozent				
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	97/98	98/99	99/00	00/01	01/02
Belgien	7.700	6.925	7.150	6.791	7.062	7.121	- 10,1	3,2	- 5,0	4,0	0,8
Dänemark	1.800	1.800	1.586	1.732	2.189	2.472	0,0	- 11,9	9,2	26,4	12,9
Deutschland	33.398	33.977	33.870	41.780	49.510	82.400	1,7	- 0,3	23,4	18,5	66,4
Finnland	3.611	3.136	3.080	2.908	2.793	2.904	- 13,2	- 1,8	- 5,6	- 4,0	4,0
Frankreich	61.068	55.000	41.186	37.449	34.876	38.688	- 9,9	- 25,1	- 9,1	- 6,9	10,9
Griechenland	1.300	871	694	636	591	512	- 33,0	- 20,3	- 8,4	- 7,1	- 13,4
Großbritannien	37.000	37.500	46.900	47.404	48.397	50.988	1,4	25,1	1,1	2,1	5,4
Irland	550	686	815	344	427	379	24,7	18,8	- 57,8	24,1	- 11,2
Italien	14.878	15.000	14.760	15.000	15.200	15.600	0,8	- 1,6	1,6	1,3	2,6
Luxemburg	425	423	545	597	750	695	- 0,5	28,8	9,5	25,6	- 7,3
Niederlande	5.547	5.031	3.920	3.726	5.832	6.358	- 9,3	- 22,1	- 4,9	56,5	9,0
Norwegen	3.300	3.347	3.342	3.576	3.541	4.276	1,4	- 0,1	7,0	- 1,0	20,8
Österreich	6.400	7.319	8.934	9.006	8.777	9.023	14,4	22,1	0,8	- 2,5	2,8
Portugal	621	783	999	1.308	1.594	1.924	26,1	27,6	30,9	21,9	20,7
Schweden	11.000	9.200	7.261	7.301	8.012	8.387	- 16,4	- 21,1	0,6	9,7	4,7
Schweiz	9.190	8.850	8.490	8.300	8.145	8.802	- 3,7	- 4,1	- 2,2	- 1,9	8,1
Spanien	1.135	896	620	602	335	448	- 21,1	- 30,8	- 2,9	- 44,4	33,7
<b>Gesamt</b>	<b>198.923</b>	<b>190.744</b>	<b>184.152</b>	<b>188.460</b>	<b>198.031</b>	<b>240.977</b>	<b>- 4,1</b>	<b>- 3,5</b>	<b>2,3</b>	<b>5,1</b>	<b>21,7</b>

Die vorliegende Insolvenzanalyse zum Geschehen im Jahre 2002 trennt zum ersten Mal für die beiden letzten Jahre die Unternehmens- von den Gesamtinsolvenzen. Die Situation in Deutschland zeigt den Grund: Privatinsolvenzen schicken sich an, die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zu übertreffen. So sind von der Gesamtzahl der 82.400 Gesamtinsolvenzen in Deutschland (2002) 37.700 den Unternehmen zuzurechnen. Unter Unternehmen sind aber nicht nur die handelsregisterlich eingetragenen Firmen, sondern auch kleine Gewerbetreibende zu verstehen. Tatsächlich besteht in Deutschland wie auch in vielen anderen europäischen Ländern eine „Grauzone“, in der von Fall zu Fall Mikrobetriebe insolvenzrechtlich als Unternehmen oder Gewerbetreibende als Privatpersonen gewertet werden. Hinzu kommt, dass viele Länder natürlichen Personen entweder keine Möglichkeit der „Entschuldung“ über die Insolvenz ermöglichen oder sie jedenfalls statistisch nicht als Insolvenz registrieren. Insofern entspricht die Zahl der Gesamtinsolvenzen in manchen Ländern der Zahl der Unternehmensinsol-

### **Privat- und Unternehmensinsolvenzen**

venzen (etwa in Frankreich); die beiden Zahlen können aber auch weit auseinanderliegen (wie in Großbritannien oder Deutschland).

Um rund 15.000 Anträge hat die Zahl der Insolvenzen bei den Unternehmen in Westeuropa zugenommen. Waren 2001 135.800 Betriebe von der Insolvenz betroffen, so sind es 2002 etwa 150.300 (plus 10,7 Prozent).

**Tab. 2: Unternehmensinsolvenzen in Europa 2002  
(im Vergleich zum Vorjahr)**

■	2001	2002	Veränderung in Prozent
Belgien	7.062	7.121	+ 0,8
Dänemark	2.189	2.472	+ 12,9
Deutschland	32.390	37.700	+ 16,4
Finnland	2.077	2.802	+ 34,9
Frankreich	34.876	38.688	+ 10,9
Griechenland	591	512	- 13,4
Großbritannien	15.574	16.752	+ 7,6
Irland	427	379	- 11,2
Italien	15.200	15.600	+ 2,6
Luxemburg	750	695	- 7,3
Niederlande	4.329	4.802	+ 10,9
Norwegen	2.174	2.507	+ 15,3
Österreich	5.178	5.254	+ 1,5
Portugal	1.594	1.924	+ 20,7
Schweden	7.433	7.819	+ 5,2
Schweiz	3.613	4.800	+ 32,9
Spanien	335	448	+ 33,7
<b>Gesamt</b>	<b>135.792</b>	<b>150.275</b>	<b>+ 10,7</b>

**Hohe Zuwächse auch bei  
Unternehmensinsolvenzen**

Der Kreis der aufgeführten Länder bleibt den Vorjahren gleich. Er umfasst geographisch die Länder Westeuropas und bezieht – ganz unabhängig von Euroland und EU – auch Norwegen und die Schweiz ein.

Bei den Gesamtinsolvenzen zeigen alle Länder außer Griechenland, Irland und Luxemburg (minus 13,4 Prozent, minus 11,2 und minus 7,3 Prozent) eine Steigerung. Besonders markant fiel das Plus in Deutschland (16,4 Prozent), Spanien (33,7 Prozent), Norwegen (15,3 Prozent) und Portugal (20,7 Prozent) aus. Die

großen europäischen Volkswirtschaften nennen auch die höchsten Insolvenzzahlen: Deutschland (82.400), Großbritannien (50.988), Frankreich (38.688) und Italien (15.600) vereinigen auf sich rund drei Viertel der Gesamtinsolvenzen in Europa. Bei den Unternehmensinsolvenzen ist das Übergewicht dieses Quartetts ebenso deutlich: Mit rund 108.600 Unternehmen, die in diesen vier Ländern von Insolvenz betroffen waren, hält man einen Anteil von über zwei Drittel des gesamten westeuropäischen Insolvenzgeschehens. Die Anteilsgrößen der wichtigen europäischen Länder bei den Gesamt- und Unternehmensinsolvenzen entsprechen im Übrigen auch dem Part, den man beim Bruttoinlandsprodukt in der Europäischen Union spielt. Von den 8.526 Mrd. Euro, die im Jahr 2000 in der EU erwirtschaftet wurden, produzierten die „Big four“ 6.130 Mrd. Euro – rund drei Viertel.

### ***Wirtschaftsmacht und viele Insolvenzen***

Die letzte Insolvenzwelle in Westeuropa hatte sich bereits im Jahr 2001 in Bewegung gesetzt. Zum Jahresende konnten aber immerhin noch sechs Staaten eine rückläufige Entwicklung gegenüber dem Vorjahr konstatieren. Auf der anderen Seite registrierten allerdings Luxemburg (plus 25,6 Prozent) und Irland (plus 24,1 Prozent) im Jahre 2001 noch ein Plus gegenüber dem Jahre 2000 bei den Gesamtinsolvenzen – in 2002 drehte sich der Trend, die beiden Länder haben einen Rückgang bei den Insolvenzen zu verzeichnen. Allerdings ist dies Abschwächung in absoluten Zahlen auf einem geringen Niveau zu sehen: In Irland sind es 48 Gesamtinsolvenzen weniger, in Luxemburg 55.

Ganz andere Zahlen weist ein Land wie Frankreich auf: Dort hatte man 2001 zum Jahresultimo noch einen Rückgang gegenüber 2000 von mehr als 2.500 Fällen feststellen können (minus 6,9 Prozent) – in 2002 konstatiert man eine Steigerung von 10,9 Prozent. Vom Minus ins Plus bei den Gesamtinsolvenzen drehte aber auch die Entwicklung in Spanien (2001: minus 44,4 Prozent; 2002: plus 33,7 Prozent), Finnland (2001: minus 4,0 Prozent; 2002: plus 4,0 Prozent), Norwegen (2001: minus 1,0 Prozent; 2002: plus 20,8 Prozent), Schweiz (2001: minus 2,5 Prozent;

2002: plus 2,8 Prozent) sowie Österreich (2001: minus 1,4 Prozent; 2002: plus 2,8 Prozent).

**Tab. 3: Gesamtinsolvenzentwicklung in Europa 2002 gegenüber 2001**

■	Insolvenzen	Veränderung in Prozent
Griechenland	512	- 13,4
Irland	379	- 11,2
Luxemburg	695	- 7,3
Belgien	7.121	0,8
Italien	15.600	2,6
Österreich	9.023	2,8
Finnland	2.904	4,0
Schweden	8.387	4,7
Großbritannien	50.988	5,4
Schweiz	8.802	8,1
Niederlande	6.358	9,0
Frankreich	38.688	10,9
Dänemark	2.472	12,9
Portugal	1.924	20,7
Norwegen	4.276	20,8
Spanien	448	33,7
Deutschland	82.400	66,4
<b>Gesamt</b>	<b>240.977</b>	<b>21,7</b>

## ***Pleitenparade***

Im Hinblick auf die Unternehmensinsolvenzen kann neben Griechenland und Luxemburg nur Irland einen Rückgang verzeichnen. In diesen drei Ländern sind nur unternehmerische Insolvenzverfahren gezählt – Gesamt- und Unternehmensinsolvenzen fallen zusammen.

### **2.2 Kein Ende abzusehen: Unternehmensinsolvenzen in Deutschland**

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland hat 2002 eine neue Rekordmarke erreicht: Insgesamt stellten in diesem Jahr 82.400 Unternehmen und Privatpersonen einen Insolvenzantrag. Im Vergleich zum Vorjahr (2001: 49.510) entspricht das einer Steigerung von 66,4 Prozent. Bei den Unternehmen mussten 37.700 Betriebe einen Insolvenzantrag stellen, das entspricht

im Vergleich zum Vorjahr (2001: 32.390) einer Steigerung von 16,4 Prozent. Hiervon wiederum sind 24.100 Kapital- und Personengesellschaften betroffen (2001: 21.250; Steigerungsrate: plus 13,4 Prozent). In Ostdeutschland sind 11.100 Fälle zu konstatieren. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt das einen Zuwachs von 4,3 Prozent; wohingegen in den alten Ländern ein Anstieg um 22,3 Prozent von 21.750 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2001 auf 26.600 im Jahr 2002 zu verzeichnen ist. Der überwiegende Teil der Insolvenzen – rund 44.700 – wurde von Verbrauchern und „Sonstigen Insolvenzen“ – beispielsweise den Gesellschaftern eines zahlungsunfähigen Unternehmens – verursacht.

### ***Auch Kleinunternehmen zählen***

Die Gesamtschäden, die Unternehmen, Privatpersonen und Öffentlicher Hand durch Insolvenzen entstanden sind, summieren sich 2002 auf 38,4 Milliarden Euro. Im Jahr 2001 waren es noch 32,3 Milliarden Euro. Für den 20-prozentigen Anstieg waren im vergangenen Jahr auch Großinsolvenzen verantwortlich. Die Zahl der privaten Forderungsverluste je Insolvenzfall in Westdeutschland stagniert. So beträgt der durchschnittliche Forderungsverlust für die Gläubiger in diesem Jahr 801.000 Euro (2001: 800.000 Euro). In Ostdeutschland hingegen stieg der private Forderungsverlust je Insolvenzfall von 432.000 Euro im Vorjahr auf 477.000 Euro in 2002.

Die Betrachtung der Insolvenzen nach Umsatzgrößen zeigt, dass in Westdeutschland 210 Insolvenzunternehmen einen Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro verzeichneten. Im Vergleich zum Vorjahr sind das weitere 53 Großunternehmen, die Insolvenz anmelden mussten.

Bei der Betrachtung der Unternehmensgröße und des Alters insolventer Unternehmen zeigt sich, dass Betriebe insbesondere in den ersten vier und nach über zehn Jahren von einer Insolvenz gefährdet sind. So entspricht der Anteil der über zehnjährigen Betriebe an den insolventen Unternehmen in Westdeutschland 32,5 Prozent und in Ostdeutschland 24,8 Prozent. Unternehmen die zwischen drei und vier Jahren alt sind machen an den Insolvenzen insgesamt gut 20

Prozent aus. Insgesamt waren 2002 590.000 Arbeitsplätze durch insolvente Unternehmen negativ betroffen (2001: 503.000; Anstieg: 17,3 Prozent).

Insbesondere in den Bereichen Handel und Bau machte sich die Konsumzurückhaltung aber auch die mangelnde Investitionsbereitschaft deutlich bemerkbar. So stieg die Zahl der Handelsbetriebe, die Insolvenz anmelden mussten, um 32,3 Prozent auf 8.800 Unternehmen an. Die Dienstleistungsbranche stellt mit einem Anteil von 43,2 Prozent am Insolvenzgeschehen insgesamt den größten Anteil dar.

Unter den Branchen ist das Baugewerbe besonders häufig von Unternehmenspleiten betroffen. Die relative Risikoquote, also die Zahl der Insolvenzen ins Verhältnis gesetzt zu den existierenden Betrieben des entsprechenden Wirtschaftszweiges, gibt weiteren Aufschluss. So kommen im Baugewerbe auf 10.000 Unternehmen 270 Insolvenzen. In den restlichen Branchen liegt dieser Wert gut um die Hälfte niedriger.

Doch es gibt auch eine positive Entwicklung zu melden: Seit drei Jahren gibt es weniger Unternehmensinsolvenzen, die mangels Masse abgelehnt werden müssen. Von den rund 26.600 Unternehmensinsolvenzen in 2002 wurden in Westdeutschland lediglich 11.200 mangels Masse abgelehnt. Das entspricht einem Anteil von 42,1 Prozent. Im Vorjahr betrug dieser Anteil noch 55 Prozent. In Ostdeutschland mussten 45,9 Prozent der Insolvenzanträge (5.100 Unternehmen) abgelehnt werden, da die Liquidationsmasse die Kosten des Verfahrens nicht decken würde - 2001 waren es 5.810.

### **2.3 Insolvenzrecht der Länder**

Die Trennung von Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen wird nicht in allen europäischen Ländern vollzogen. Vielfach gibt es keine Möglichkeit für Privatpersonen, Konkurs anzumelden, und wenn, unterscheiden sich die Voraussetzungen und Verfahren erheblich voneinander. In Deutschland können sich Privatpersonen seit 1999 für überschuldet erklären

lassen und Insolvenz anmelden. Die Flut der Anträge im Jahr 2002 (44.700) rührt von einer Reformierung des Verfahrens her, die es Privatpersonen erlaubt, ohne Aufbringung der Verfahrenskosten und einer Befriedigung der Gläubiger Insolvenz anzumelden. Eine „Abweisung mangels Masse“ gibt es für Privatpersonen nicht mehr, ihnen werden die Verfahrenskosten gestundet und gegebenenfalls erlassen. Von dieser Möglichkeit machen Verbraucher nun verstärkt gebrauch.

**Verbraucher: Schuldenerlass  
nach 6 Jahren**

In Frankreich müssen sich überschuldete Privatpersonen an die Überschuldungskommission wenden, deren Aufgabe es ist, einen Vergleich zwischen Gläubigern und Schuldnern herbeizuführen. Die Materie ist im sogenannten Konsumentengesetz geregelt und gilt nur für redliche Schuldner und nur wegen privater Schulden.

In England und Wales können Privatpersonen „bankruptcy“ anmelden. Als Alternative gibt es die Möglichkeit, sich mit den Gläubigern unter Aufsicht eines Insolvenzspezialisten zusammensetzen und eine vergleichsweise Einigung zu erzielen.

In Italien sind nur Unternehmer konkursfähig, die eine Handelstätigkeit ausüben, mit Ausnahme der öffentlichen Körperschaften und Kleinunternehmer. Eröffnet werden kann ein Konkurs auch gegen einen nicht mehr aktiven Unternehmer, sofern die Betriebsaufgabe noch nicht länger als ein Jahr zurückliegt. Das Besondere am italienischen Konkursrecht ist, dass ungesicherte Gläubiger so gut wie nie Befriedigung erlangen, hier ist eine Absicherung der Forderungen besonders wichtig.

In Spanien befindet sich das Konkursrecht derzeit in einem Umbruch. Das noch geltende Recht sieht vor, dass Schuldner, die natürliche Personen sind, die Herabsetzung oder den Erlass von Schulden vom Gläubiger verlangen können. Diese Vereinbarung ist gerichtlich zu genehmigen. Der Konkurs von Kaufleuten und juristischen Personen wird in einem Insolvenzverfah-

ren bewältigt. In Konkurs befindet sich, wer seine fälligen Zahlungen einstellt.

Neben den Möglichkeiten, die die unterschiedlichen Insolvenzrechte der Länder den Privatpersonen und Unternehmen bieten, sich zu sanieren und restrukturieren, stehen private Initiativen, die eine wirtschaftliche Wiederbelebung vor allem insolventer Kleinunternehmen versuchen.

### ***Unterstützung durch die EU***

Die EU plant, die Unterstützungsleistung für gescheiterte Unternehmer zu verbessern. Bislang gibt es nur wenige Finanzierungs- und Beratungsangebote, dabei agieren gerade gescheiterte Unternehmer oftmals in Zukunft erfolgreicher, da sie aus ihren Fehlern lernen und zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen. Einige Länder der EU nehmen diese Chance wahr und unterstützen Unternehmen bei der Restrukturierung. Davon könnten andere Länder lernen. In den Niederlanden beispielsweise berät das „Ondernemersklankbord“ kleine und mittlere Unternehmen. Die Stiftung besteht aus pensionierten, erfahrenen Führungskräften und Unternehmern, die auf freiwilliger Basis tätig sind. Zusammen mit den Senior-Beratern prüft dort das Landgericht Utrecht, ob ein vor dem Konkurs stehendes Unternehmen saniert werden kann. Acht von zehn Unternehmen können so gerettet werden. Das Projekt soll nun auf andere Landgerichte ausgeweitet werden.

In Österreich wird ungesicherten Gläubigern Hilfe angeboten. KMU können bei Zahlungsunfähigkeit ihrer Schuldner die Hilfe von Gläubigerschutzverbänden in Anspruch nehmen. Ferner verpflichtet das österreichische Insolvenzrecht die Konkursverwalter, vorrangig die Sanierung und nicht die Liquidation eines Unternehmens anzustreben.

In Frankreich haben sich Unternehmer unter dem Namen „Re-créer“ mit dem Ziel zusammengeschlossen, Kollegen in Krisensituationen zu unterstützen, die Gesetzgebung zu verbessern und die Einstellung zu Konkursen zu verbessern.

In Deutschland unterstützt „Crisme“ (Crisis Intervention in small Enterprises) angeschlagene kleine Unternehmen, indem gegen eine geringe Gebühr Beratungsleistungen in Anspruch genommen werden können.

Erste Bemühungen zur Schaffung eines einheitlichen Insolvenzrechtes auf EU Ebene sind seit dem ersten Mai 2002 geltendes Recht: Die EG-Verordnung über Insolvenzverfahren schafft erstmals ein einheitliches Internationales Insolvenzrecht innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (mit Ausnahme von Dänemark). Geregelt werden die Zuständigkeit für Insolvenzverfahren und die Bestimmung des anwendbaren (nationalen) Rechts einschließlich der internationalen Wirkungen der einzelnen Rechtshandlungen in der Insolvenz. Insbesondere muss die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in einem Mitgliedsland von allen übrigen Mitgliedstaaten grundsätzlich anerkannt werden.

***Insolvenzrechtsverordnung  
seit Mai 2002 in Kraft***

## **2.4 Große Unternehmensinsolvenzen**

Die These, dass Deutschland in Europa Schlusslicht ist, wenn es um die Konjunktur geht, aber vorne im Pleitenranking steht, bewahrheitet sich zumindest beim Blick auf die größten Insolvenzen des Jahres 2002. Unter den TOP 10 befinden sich sieben deutsche Unternehmen.

Auf Platz eins die Megabaupleite, die mittlerweile schon viele kleinere Firmen mit in den Strudel riss: **Philipp Holzmann**. Auf Platz zwei steht der Zusammenbruch des Maschinenbaukonzerns **Babcock Borsig**, Arbeitgeber für 22.000 Menschen weltweit. Im April 2002 stellte Leo Kirch für sein Medienunternehmen **KirchMedia** einen Insolvenzantrag – das Verfahren wurde im Juni eröffnet. Mittlerweile gilt es als so gut wie sicher, dass der Hamburger Heinrich Bauer Verlag die KirchMedia einschließlich der Senderfamilie Pro Sieben Sat 1 übernimmt.

***Deutschland:  
Siebenmal in den Top 10***

Der Zusammenbruch des Börsenbooms dürfte eine der Ursachen für ein vermehrtes Sterben auf dem Finanzsektor gewesen sein. Die Frankfurter **Gontard & Metallbank** war das größte zahlungsunfähige Finanz-

institut im Jahre 2002, das Insolvenz anmeldete und steht im europäischen Pleitenranking auf Platz vier.

Der Untergang des Unternehmens **Albert Fisher** - ein Großhandelsbetrieb, der sich auf den Verkauf von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren spezialisiert hatte, war die größte Insolvenz des Jahres 2002 in Großbritannien. Auf Platz sechs folgt wieder ein hiesiges Unternehmen: Der Automobilzulieferer **Peguform** musste Ende Mai vergangenen Jahres Insolvenz anmelden. Im Oktober wurde dann das Insolvenzverfahren über das Bötzingen Werk unter dem renommierten Insolvenzverwalter Jobst Wellensiek eröffnet.

Auf Platz sieben liegt das französische IT Unternehmen **Metrologie**. Der Großhändler verkaufte Büromaschinen und Einrichtungen. Seit dem 31. Januar 2002 ist das gerichtliche Reorganisations- bzw. Sanierungsverfahren eröffnet.

Der niederländische Internet-Netzbetreiber **KPNQuest** musste im Mai Konkurs anmelden. Die Schulden des Gemeinschaftsunternehmens der niederländischen E-Plus Mutter KPN und dem US-Telekomkonzern Qwest sind in den vergangenen beiden Jahren auf 1,8 Milliarden Euro gestiegen. Die Zinsen dafür konnten nicht mehr bezahlt werden. Die beiden Hauptaktionäre haben erklärt, dass sie kein zusätzliches Geld bereitstellen wollen.

Die **Fairchild Dornier** GmbH aus Oberpfaffenhofen fand keinen strategischen Partner der sich an dem Luftfahrtunternehmen beteiligen wollte, und meldete Insolvenz an. Den Baustoffhändler **Mühl** aus Thüringen traf es zu Ostern: 3500 Beschäftigte waren von der Insolvenz betroffen.

Das zweite große niederländische Unternehmen, das im Jahr 2002 Insolvenz anmelden musste war die **Landis ICT** – ein Großhändler mit Automatisierungsprodukten (überwiegend Netzwerk) aus Utrecht. Der spanische Ölgroßhändler **Garcia Munte Petroleos** stellte im Jahr 2002 die größte Insolvenz in Spanien. Die Plätze 13 und 14 belegen zwei Unternehmen aus

dem Vereinigten Königreich: **OT Computer** und der Stahlbetrieb **ASW**. Die größte Pleite in Österreich ist gleichzeitig Platz 15 im Europäischen Ranking: die **LIBRO** AG aus Österreich. Der Konkurs des Medienproduktvertrieblers war nach nicht erfüllbarem Ausgleich – die Sanierung unter der Schirmherrschaft des Bankenkonsortiums hatte nicht geklappt – unausweichlich geworden.

**Tab. 4: Die 15 größten Insolvenzen in Europa im Jahre 2002**

■	Branche	Land	Umsatz in Mio. Euro
Philipp Holzmann	Bau	D	6.400
Babcock Borsig	Maschinenbau	D	5.113
Kirch Media	Medien	D	3.300
Gontard & Metallbank	Bank	GB	1.700
Albert Fisher	Großhandel	D	1.164
Peguform	Automobilzulieferer	D	900
Metrologie	IT	F	824
KPNQ West	Telekommunikation	NL	810
Mühl	Großhandel	D	700
Fairchild Dornier	Flugzeugindustrie	D	700
Landis ICT	IT	NL	667
Garcia Munte Petroleos	Ölgroßhandel	E	572
OT Computer	IT	GB	555
ASW	Stahl	GB	421
Libro	Verlag	A	325

### ■ 3 Strukturen mittelständischer Unternehmen in Europa - Insolvenzen vor dem Hintergrund der Konjunktur

2002 war wie kein zweites Jahr zuvor von Großinsolvenzen geprägt. Tatsächlich ist jedoch das Insolvenzgeschehen ein Spiegel der Unternehmenslandschaft, die in allen westeuropäischen Ländern von kleinen und mittleren Unternehmen gekennzeichnet ist. An diesem Bild hat auch die abgeklungene Euphorie bei den globalen Fusionen und Unternehmenskäufen um die Jahrtausendwende nichts geändert.

### **Eher Selbstständige als Unternehmer**

Von den 20 Millionen Unternehmen in Westeuropa zählen nur 0,3 Prozent mehr als 250 Mitarbeiter. Rund 95 Millionen Erwerbstätige finden ihr Auskommen in kleinen und mittleren Betrieben. Dabei ist der Begriff „Mittelstand“ noch einmal zu differenzieren, will man der großen Zahl von Unternehmen gerecht werden: 50 bis 249 Mitarbeiter – diese entsprechen wohl am ehesten dem gängigen Bild eines Mittelständlers – kommen nur auf 1,5 Prozent des Gesamtunternehmensaufkommens. Unter die Kleinbetriebe werden Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten gerechnet; diese halten 9,1 Prozent des gesamten Unternehmensbestandes. Das Gros aber sind die sogenannten Mikrobetriebe: 89,1 Prozent der europäischen Unternehmen haben höchstens neun Mitarbeiter. Beim Umsatz halten die Mittelständler immerhin noch eine Zweidrittelmehrheit gegenüber den Großbetrieben mit mehr als 250 Beschäftigten (in den USA dagegen haben die Großunternehmen 50 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt und fast 60 Prozent des Umsatzes erreicht).

Wie KMU (klein- und mittelständische Unternehmen) die Zahl der Unternehmen bestimmt, und um welche Strukturen es sich dabei handelt, zeigen zwei weitere Größen. Die aktuelle Analyse der EU weist aus, dass ein durchschnittlicher Betrieb in der Union sechs Beschäftigte zählt. Dabei bleibt jedoch festzuhalten, dass die Kleinstunternehmen durchschnittlich nur zwei Personen beschäftigen (etwa die Hälfte dieser Betriebe beschäftigt überhaupt keine Arbeitnehmer und sichert nur Selbstständigen und Familienangehörigen Beschäftigung und Einkommen). Der durchschnittliche Umsatz bei den Kleinstunternehmen liegt bei 200.000 Euro. Leider legen nur die wenigsten nationalen statistischen Ämter Zahlen für die insolvenz betroffenen Betriebe vor. Geht man aber von den Werten aus, die für Deutschland vorliegen, so zeigt sich, dass bei der Ursachenforschung für die Vielzahl von Insolvenzen in den Bereichen Konjunktur und Finanzierung fast immer von kleinsten Betrieben zu sprechen sein wird.

Höchstens fünf Beschäftigte zählen in Deutschland fast zwei Drittel (63,9 Prozent) der im Jahre 2002 zah-

lungsunfähig gewordenen Betriebe. Nur 1,6 Prozent der Insolvenzanträge in Deutschland stammen von Unternehmen in einer Größenklasse von mehr als 100 Beschäftigten. Eine weitere Aufschlüsselung im Sinne der Mittelstandsdefinition von 250 („EU-Schwelle“) oder 500 Beschäftigten (Deutschland) würde die betroffenen Betriebe im Promillebereich halten.

**Tab. 5: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Deutschland (Branchendurchschnitt)**

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	64,5 (60,4)	62,0 (48,3)	63,9 (57,0)
6 – 10 Personen	13,6 (15,8)	16,0 (18,8)	14,2 (16,6)
11 – 20 Personen	10,1 (11,2)	11,6 (17,1)	10,5 (12,7)
21 – 50 Personen	7,3 ( 8,1)	7,8 (11,5)	7,4 ( 9,1)
51 – 100 Personen	2,7 ( 2,8)	1,9 ( 3,0)	2,5 ( 2,9)
> 100 Personen	1,9 ( 1,8)	0,8 ( 1,3)	1,6 ( 1,8)

Angaben in Prozent; ( ) = Vorjahresangaben

Dabei beschreibt die KMU-Datenbank von Eurostat für das Jahr 2000 Deutschland noch als ein Land, das dominiert wird von Großunternehmen. Entscheidend für diese Aussage ist die Tatsache, dass Großunternehmen hierzulande den höchsten Anteil an der Gesamtbeschäftigung aufweisen. Im Sinne dieses Verständnisses sind in Europa auch Finnland, Schweden und Großbritannien von Großunternehmen bei der Beschäftigungssituation bestimmt. Für Deutschland werden durchschnittlich acht Beschäftigte pro Unternehmen registriert, damit liegt man wie Österreich, Irland, Luxemburg (zehn Beschäftigte) sowie Dänemark (neun), Schweden (acht) und Frankreich (sieben) über dem westeuropäischen Durchschnitt.

### ***Südeuropa mit weniger Großbetrieben***

Insgesamt waren in Deutschland 2002 590.000 Arbeitsplätze von der Insolvenz der Unternehmen als Arbeitgeber betroffen. Damit wird deutlich, dass die Betriebe, die Insolvenzantrag stellen, über der durchschnittlichen Größe liegen. So ergibt sich für Deutschland eine durchschnittliche Unternehmensgröße von 15 Beschäftigten über alle Unternehmensinsolvenzen hinweg. In Westeuropa sind es fast elf Arbeitnehmer,

denen Arbeitsplatzverluste durch den Insolvenzantrag drohen.

Insgesamt ist für 2002 in Europa mit 1,6 Millionen Arbeitsplatzverlusten durch Insolvenzen zu rechnen. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 200.000 Betroffene (14,3 Prozent) und betrifft durchschnittlich gut elf Mitarbeiter pro Betrieb.

**Tab. 6: Insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit in Europa**

**1,6 Millionen drohende  
Arbeitsplatzverluste**

■	Arbeitsplatzverluste (in Millionen)
1997	1,8
1998	1,6
1999	1,4
2000	1,1
2001	1,4
2002	1,6

Allerdings ist diese Durchschnittsgröße tatsächlich zu verringern. Zum einen sind nicht nur die gut 150.000 Unternehmensinsolvenzen im engeren Sinne zugrunde zu legen, sondern möglicherweise auch große Teile der Gesamtinsolvenzen, denen ja in vielen Fällen eine wirtschaftliche Tätigkeit vorausging und die nicht reine Konsumentenkonkurse abhängig Beschäftigter darstellen. Wer von diesen 240.000 Gesamtinsolvenzen ausgeht, kommt auf 6,6 Betroffene je Insolvenzantrag in Westeuropa – eine realistische Größe.

Hinzu kommt, dass die Möglichkeit eines Insolvenzverfahrens in manchen Ländern gerade Mikrobetrieben nicht zur Verfügung steht. Dies erklärt, warum in Griechenland oder Spanien nur eine so geringe Anzahl von Insolvenzen zu registrieren ist (512 bzw. 448 Fälle). Beide südeuropäischen Staaten werden von Kleinstunternehmen bestimmt. In Spanien sind es durchschnittlich fünf Beschäftigte und in Griechenland zwei Mitarbeiter, die in Betrieben beschäftigt sind. Anzumerken bleibt weiterhin, dass sich auch in Deutschland unter den sogenannten „Privatinsolvenzen“ ehemalige Unternehmer finden, die diese Option zur „Entschuldung“ nutzen.

Wenn von den Spezifika der KMU im Hinblick auf die Insolvenz in Europa die Rede ist, dann ist auch von den besonderen Schwierigkeiten und Abhängigkeiten dieser Unternehmensgrößen zu sprechen.

Gefragt nach ihren vorrangigen Zielen innerhalb einer Unternehmensstrategie, stellen gerade die Kleinstbetriebe den „Kampf um den Fortbestand“ zusammen mit dem Wachstum an vorderste Stelle. Wenn 21 Prozent dieser Mikrobetriebe das reine Überleben als Ziel weit vor der Steigerung der Gewinne oder vor Innovationen als vorrangig betrachten, wirft dies einen bezeichnenden Blick auf die Unternehmensstabilität. Keine Frage, dass dieses Fünftel der wohl als insolvenzgefährdeten Betriebe anzusehenden Mikrounternehmen vor allen anderen auch unter sinkenden Mitarbeiterzahlen leidet. Dieses ist auch als Hinweis darauf zu verstehen, dass die tatsächlich von Insolvenzen betroffene Zahl von Arbeitnehmern höher liegt als 1,6 Millionen – wenn doch bereits im Zuge dieses „Struggle for survive“ Mitarbeiter freigesetzt werden. Dabei ist auf der anderen Seite im Zusammenhang mit den Arbeitsplätzen gerade bei Kleinstunternehmen anzumerken, dass sie den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als eines der Haupthindernisse für ihre Geschäftstätigkeit sehen (ein weiteres Problem liegt im Zugang zur Finanzierung; dies in einem späteren Kapitel).

### ***Nur überleben ...***

Für das Überleben der KMU in Europa spielt auch der Wettbewerb zu Großunternehmen eine Rolle. Gerade in den letzten Jahren sind die KMU gegenüber GU (Großunternehmen) ins Hintertreffen geraten; weisen sie doch geringere Wachstums- und Rentabilitätssteigerungen auf. Dabei scheint es bemerkenswerterweise so zu sein, dass die geschäftliche Nähe zu Großunternehmen für Kleinbetriebe eher eine Garantie für das Überleben ist. Mehr als 50 Prozent ihres Umsatzes tätigen fast ein Drittel (31 Prozent) der KMU in Schweden. Auf der anderen Seite der Skala finden sich griechische Unternehmen, die eher mit Betrieben ihrer eigenen Größenklassen zusammenarbeiten (89 Prozent; nur elf Prozent mit Großunternehmen). Die Länder Schweden (5,2 Prozent), Belgien (0,8 Prozent) und Italien (2,6 Prozent) weisen hohe Abhängigkeiten

zu Großunternehmen und geringe Steigerungen bei den Unternehmensinsolvenzen auf (Ausnahme Finnland: plus 34,9 Prozent). Dagegen zeigen Spanien (30,7 Prozent), Deutschland (16,4 Prozent), Dänemark (12,9 Prozent) sowie die Schweiz (32,9 Prozent) deutliche Zunahmen bei eher geringer Geschäftstätigkeit mit GU auf (Ausnahme Griechenland: minus 13,4 Prozent).

**Tab. 7: KMU mit über 50 Prozent Umsatz durch die drei größten Kunden im Vergleich zu der jeweiligen Veränderung bei den Unternehmensinsolvenzen**

■	über 50% Umsatz durch 3 Großkunden	Veränderung bei den Insolvenzen (2001 zu 2002)
Schweden	31	+ 5,2
Belgien	25	+ 0,8
Italien	24	+ 2,6
Finnland	24	+ 34,9
Großbritannien	23	+ 7,6
Österreich	22	+ 1,5
Frankreich	21	+ 10,9
Niederlande	21	+ 10,9
Portugal	21	+ 20,7
Norwegen	21	+ 15,3
Irland	21	- 11,2
Spanien	20	+ 33,7
Deutschland	20	+ 16,4
Luxemburg	16	- 7,3
Dänemark	16	+ 12,9
Schweiz	13	+ 32,9
Griechenland	11	- 13,4

Angaben in Prozent  
Quelle: Grant Thornton

Europas Mittelstand ist aber nicht nur strukturell größeren Unternehmen unterlegen – auch konjunkturell haben Großunternehmen sowie die „angrenzenden“ KMU das längere Ende in der Hand. Die Konjunktur in den Ländern Westeuropas wurde in den letzten Jahren stark vom Export getragen. Das betrifft sowohl die Europäische Gemeinschaft als Einheit als auch die einzelnen Länder der Union mit ihren einzelnen Import- und Exportrelationen. Die wirtschaftliche Flaute be-

**Starke Partner schaffen  
Stabilität**

gann bereits 2001, zeigte aber – da sie ihren Höhepunkt erst zum Jahresende erreichte und weil Insolvenzen erst mit einem gewissen „Timelag“ der konjunkturellen Kurve folgen – in jenem Jahr mit einer Steigerung der Gesamtinsolvenzen von 5,9 Prozent noch relativ geringe Folgen. Zum Jahresbeginn 2002 war es gerade der Export, der sich am schnellsten zu erholen schien. Über das gesamte Jahr gesehen jedoch erwies sich diese Hoffnung als Strohfeuer: Der gesamte Euroraum lag mit einer Steigerung des Exports von Waren und Dienstleistungen von 0,7 Prozent noch einmal deutlich unter dem Jahr 2001 (2,6 Prozent). Nahm der Mittelstand in Europa an der guten Konjunktur nur in geringerem Maße teil, so liegt dies daran, dass er eher lokal agiert. Bei den Mikrobetrieben geben nur sieben Prozent der Befragten an, dass sie Waren und Dienstleistungen ausführen – und hier handelt es sich wohl noch um grenznahe Standorte. Von Exportproblemen sind sie also eher indirekt, etwa über die Abhängigkeit von ausfuhrorientierten Großunternehmen, betroffen. „Je kleiner das Unternehmen, desto kleiner ist tendenziell sein geographischer Marktbereich“, schreibt die EU.

### ***Exportkonjunktur ohne KMU***

Es ist in Deutschland und in den anderen westeuropäischen Ländern vor allem die schwache Binnenkonjunktur, die den kleineren Betrieben zu schaffen macht und die für die hohen Zuwächse bei den Insolvenzen sorgt. Während in Deutschland aber die private Nachfrage bereits seit einigen Jahren schwächelt, hatte sie sich in vielen Ländern des europäischen Kontinents noch als robust erwiesen. In 2002 änderte sich dies jedoch. Die privaten Konsumausgaben stiegen nur noch um einen Wert von 0,7 Prozent. Das Verbrauchervertrauen, das sich aus Antworten der Bürger zu Anschaffungen, zur Wirtschaftslage und zur Situation ihres Haushaltes zusammensetzt, knickte im Herbst 2001 nach unten und verließ im Verlauf des Jahres 2002 nicht mehr den negativen Bereich.

Auch die Unternehmer sahen sich aufgrund hoher freier Kapazitäten und geringer Auslastungsgrade nicht zu Investitionen veranlasst. Ausrüstungsinvestitionen gingen um vier Prozent zurück. Bei den Investitionen bil-

det Deutschland das Schlusslicht, die Creditreform-Mittelstandsbefragung im Herbst 2002 zeigt beim Investitionswillen einen Tiefpunkt. Besonders betroffen von diesen konjunkturellen Entwicklungen zeigten sich der Bausektor und das Dienstleistungsgewerbe. Im Bau nahm der Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen in Europa binnen eines Jahres von 20,4 auf 21,4 Prozent zu. Im Dienstleistungsbereich war der Anteil noch stärker gewachsen: Von 37,8 Prozent (2001) auf 40,6 (2002). Da gelang es dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Handel (!) in Westeuropa die Krise besser zu meistern. Das Baugewerbe ist ein eindeutig kleinbetrieblich geprägter Wirtschaftssektor. Wie hoch die Insolvenzanfälligkeit des Baus nicht nur in Deutschland, sondern in Gesamteuropa ist, zeigt, dass er nur 13 Prozent am gesamten Unternehmensbestand der EU hält (2,75 Millionen Unternehmen), jedoch ein gutes Fünftel bei den Insolvenzen.

**Tab. 8: Anteil der einzelnen Hauptwirtschaftsbereiche in Europa 2002**

■	Insolvenzanteil
Verarbeitendes Gewerbe	12,4 (13,8)
Bau	21,4 (20,4)
Handel	25,6 (28,0)
Dienstleistungen	40,6 (37,8)

Angaben in Prozent, ( ) = 2001

### ***Bau und Dienstleister betroffener***

Bei den unternehmensbezogenen Dienstleistern sind zwei Bereiche zu unterscheiden: Einmal der stark von Großunternehmen dominierte Sektor des Kredit- und Versicherungsgewerbes, auf der anderen Seite die im Zusammenhang mit dem Immobilienwesen und mit den Unternehmensdienstleistungen stehenden Betriebe wie Reinigungsunternehmen, Unternehmensberater oder Werbeagenturen. Während innerhalb des unternehmensnahen Dienstleistungsbereichs der erstgenannte Sektor relativ stabil bleibt – trotz der bekannten Strukturkrisen –, treffen die kleineren Betriebe die Rationalisierungsmaßnahmen und die Investitionszurückhaltung der größeren Unternehmen. Vor allem die konsumnahen Dienstleistungen haben insgesamt wohl die stärkere Betroffenheit des Dienstleistungssektors

bei den Insolvenzen gefördert. Sie bekamen die Zurückhaltung der Verbraucher stärker zu spüren als der Handel.

Nicht für alle Länder liegen differenzierte Angaben zu den insolventen Wirtschaftsbereichen vor; insgesamt zeigen sich aber in den aufgeführten Ländern große Unterschiede. Während Großbritannien und Spanien stark von Insolvenzen im Verarbeitenden Sektor betroffen sind, sind es in Dänemark, den Niederlanden, Deutschland und in Norwegen die Dienstleister, die hohe Anteile am Aufkommen von Pleiten im jeweiligen Land registrieren. Der Bau wiederum ist in Deutschland (23,1 Prozent) und in Großbritannien (23,6 Prozent) stark unter den Insolvenzen zu finden.

**Tab. 9: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2002**

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel *	Dienst- leist.
Belgien	9,9	18,5	41,4	30,2
Dänemark	9,2	10,8	19,4	60,5
Deutschland	10,5	23,1	23,2	43,2
Frankreich	12,7	21,7	26,3	39,3
Großbritannien	30,0	23,6	19,6	26,8
Niederlande	13,6	14,3	26,9	45,3
Norwegen	11,2	10,4	35,5	43,0
Spanien	36,0	18,0	14,0	32,0

\*) inklusive Gastgewerbe, Angaben in Prozent

Die höhere Flexibilität bei der Anpassung der Produkte und Dienstleistungen auf veränderte konjunkturelle und strukturelle Bedingungen hilft dem Mittelstand beim Überleben. Konjunkturelle „Stöße“ zeigen sich bei kleinen und mittleren Unternehmen erst mit einer gewissen Zeitverzögerung, dann aber – und dies zeigt der Verlauf der Insolvenzen in den letzten beiden Jahren – oft um so heftiger. Die hohe Zahl von Insolvenzen mit einer neuen Rekordmarke beweist aber auch, wie schwierig das Überleben mittelständischer Strukturen überhaupt und im dem Wettbewerb mit großen Unternehmen in Westeuropa ist.

### ***Chancen und Risiken des Mittelstandes***

#### ■ 4 Engpass Finanzierung: Zur Stabilität mittelständischer Unternehmen in Europa

Die steigende Zahl von Unternehmensinsolvenzen in Europa steht in einem engen Zusammenhang mit einem Finanzierungsproblem, insbesondere einer unzureichenden Eigenkapitalausstattung. Wenn die Eigenkapitalquote (prozentualer Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme) eines Unternehmens zu niedrig ausfällt, gefährdet das die wirtschaftliche Stabilität eines Unternehmens, da es in Krisenzeiten keine laufenden Verluste ausgleichen oder Haftungsfunktionen übernehmen kann.

***Eigenfinanzierung muss gestärkt werden***

Die Klein- und mittelständischen Unternehmen in Europa sind unterschiedlich mit Eigenkapital ausgestattet. Das hängt im wesentlichen vom Finanzierungssystem eines Landes ab. Entscheidend sind die Art des Steuersystems, Struktur des Bankensektors und die Finanzierungsgewohnheiten eines Landes.

Während französische, belgische und niederländische Betriebe über relativ hohe Eigenkapitalquoten verfügen ist die Eigenkapitalsituation in Österreich und vor allem in Deutschland chronisch schwach. Kleinere Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu 50 Mio. Euro weisen in Frankreich eine Eigenkapitalquote von 34 Prozent, in Deutschland von 18 Prozent aus. Die unterschiedliche Höhe der Eigenkapitalausstattung schlägt sich auch in der Insolvenzentwicklung nieder. Seit 1997 zeigen Frankreich und Belgien Rückgänge bei den Pleiten, während Österreich und Deutschland erhebliche Zuwächse verzeichnen.

**Tab. 10: Bilanzrelationen beim Mittelstand im internationalen Vergleich**

■	Kleinere Unternehmen (Jahresumsatz bis 50 Mio. Euro)				
	D	F	I	NL	USA
Eigenmittel	18,0	33,9	22,4	34,6	44,9
Rückstellungen	13,5	2,8	6,7	12,0	2,3
Fremdmittel	68,5	63,3	70,9	53,4	52,8
davon Bank	24,1	12,6	25,8	15,6	20,4
■	Große Unternehmen (Jahresumsatz über 50 Mio. Euro)				
	D	F	I	NL	USA
Eigenmittel	30,1	35,2	26,7	48,8	37,4
Rückstellungen	29,8	6,0	8,7	4,9	15,5
Fremdmittel	39,9	58,8	64,6	46,3	47,1
davon Bank	6,7	7,5	19,0	8,4	9,0

Angaben in Prozent der Bilanzsumme

Quellen: Creditreform, Deutsche Bundesbank, BACH-Datenbank

Die Gründe für die im europäischen Vergleich recht niedrige Eigenkapitalquote deutscher KMU sind vielfältig: So hat zum Einen die bisherige Ausgestaltung des Steuersystems in Deutschland die Aufnahme von Fremdkapital insofern begünstigt, als dessen Zinsen absetzbar waren. Außerdem führt die rechtsformabhängige Besteuerung in Deutschland zu einer steuerlichen Diskriminierung von Klein- und Mittelständischen Unternehmen im Vergleich mit Aktiengesellschaften und erschwert die Thesaurierung von Gewinnen. So besteht in Deutschland die große Mehrheit des Mittelstands aus Einzel- und Personenunternehmen, die Einkommen- und Gewerbesteuerpflichtig sind. Der Einkommensteuer-Höchstsatz liegt in Deutschland inklusive Solidaritätszuschlag bei 51,2 Prozent – der sechsthöchste unter den 17 wichtigen Industrieländern. Der Steuersatz für Kapitalgesellschaften hingegen liegt bei einheitlich 25 Prozent.

Bedingt durch die sich ständig verknappende Eigenkapitaldecke der deutschen Mittelstandsunternehmen hat sich deren Abhängigkeit vom Kredit ständig vergrößert. Die Hausbankbeziehung ist für die Unternehmensfinanzierung die entscheidende Größe. Hier haben sich in den vergangenen Monaten die Gegebenheiten geändert. Sinkende Margen bei den Banken,

## ***Einflussfaktor Steuersystem***

steigende Kreditausfälle durch Insolvenzen, neue Eigenkapitalunterlegungsrichtlinien durch Basel II - erschweren zunehmend die Aufnahme von Bankkrediten. Dementsprechend geht die Kreditvergabe von Banken zurück.

Alternative Eigenkapitalerhöhungen durch Beteiligungsfinanzierungen wie einen Börsengang scheinen nur für größere Unternehmen eine attraktive Alternative zu sein, da sie mit hohen Kosten verbunden sind. Auch durch die massiv gefallen Aktienkurse und den Vertrauensverlust an der Börse sind die Börsengänge in Europa seit Mitte 2000 deutlich zurückgegangen und erreichen wieder das niedrige Niveau aus der Mitte der neunziger Jahre von gut 15 Börseneinführungen im Jahr. Außerdem wollen wenige Mittelständler Dritten Parteien ein Mitspracherecht einräumen oder ihre Unternehmensdaten publizieren.

Ein Grund für die steigenden Unternehmensinsolvenzen nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Euro-Zone, ist die sich abschwächende Kreditvergabe. Die Zuwachsrate der Buchkredite an den privaten Sektor nimmt im Euro-Raum immer mehr ab, zuletzt (November 2002) betrug sie nur noch 4,5 Prozent. Insbesondere die rückläufige Kreditentwicklung in Deutschland trug zur schwachen Kreditvergabe in der Euro-Zone bei. Erstmals seit der Rezession Mitte der 70er Jahre verzeichnete die reale Kreditvergabe an Selbständige und Unternehmen in Deutschland 2001 einen Rückgang. Nach Berechnungen der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) sank das Volumen der geschätzten Kreditneuzusagen an Unternehmen und Selbständige gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent.

Erklären lässt sich die rückläufige Kreditvergabeentwicklung in Deutschland neben der konjunkturellen Schwäche mit einer restriktiveren Kreditvergabepraxis der Banken - insbesondere der Großbanken. Durch die Einbrüche am Aktienmarkt und die vielen Unternehmenspleiten sind die Banken bei der Kreditvergabe vorsichtiger geworden.

### ***Erschwerte Fremdkapitalaufnahme***

Verluste aus dem Investmentbanking-Geschäft müssen durch teurere Kreditkonditionen wieder ausgeglichen werden. Tatsächlich zeigen Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank, dass deutsche Banken die Zinssenkungen der EZB nur sehr zögerlich an die Kunden weitergeben. So hat die EZB die Leitzinsen seit Frühjahr um zwei Prozentpunkte gesenkt, aber die Konditionen für kurzfristige Unternehmenskredite sind nur um ein Viertel reduziert worden. Außerdem sind niedrige Unternehmenskredite für Banken oftmals nicht profitabel, da Kosten und Aufwand für die Banken unabhängig von der Kredithöhe gleichhoch ausfallen.

Der Rückgang beim Kreditwachstum in Europa und die rückläufige Kreditvergabeentwicklung in Deutschland stimmt insofern unzufrieden als unzureichend mit Kapital ausgestattete KMU bei einem konjunkturellen Aufschwung nicht ausreichend vom Wachstum partizipieren können, da die finanziellen Mittel für nötige Investitionen fehlen. Das kann im anlaufenden Boom sogar zur Insolvenz der betroffenen Unternehmen führen.

Für Banken ist die Kreditvergabe für KMU mit erheblichen Ausfallrisiken verbunden. Diejenigen Mittelständler die trotz des höheren wirtschaftlichen Risikos einen Kredit bekommen sollten, bekommen ihn oft nicht in der gewünschten Höhe. Aufgrund eines Informationsdefizits beim internen Rating können die Banken die betriebswirtschaftlichen Risiken nicht angemessen einschätzen.

Klein- und mittelständische Betriebe verfügen allerdings selbst auch über zu wenig Controlling-Instrumente. Eine Studie von Marsh über Risikomanagement im europäischen Mittelstand bestätigt dies. Demnach gehören deutsche Mittelständler zwar zu den risikobewussten Unternehmen, ihr tatsächliches Absicherungsniveau ist allerdings nur europäischer Durchschnitt. Nur 34 Prozent der Unternehmen lassen ihr Risikomanagement regelmäßig überprüfen. Und nur 9 Prozent der Befragten deutschen Unternehmen ist klar, dass sie in diesem Bereich Geld verlieren kön-

***Es mangelt an  
Risikobewusstsein***

nen. Insgesamt sind die nordeuropäischen Länder risikobewusster als die südlichen. Bei einem schlechten Risikomanagement erkennen die Unternehmen ihre Schwachstellen jedoch zu spät und sind so auch stärker Insolvenzgefährdet.

### **Wege aus der „Liquiditätsfalle“**

Ein alternatives Finanzierungsinstrument zum Kredit sind Verbriefungen, also die Umwandlung von Forderungen und Vermögensgegenständen in handelbare Wertpapiere. Unternehmen mit einer stabilen Einnahmentwicklung verkaufen dabei ihre Aktivposten an Zweckgesellschaften, die daraus Anleihen begeben. So erhalten Unternehmen für ihre künftigen Einnahmen vorab eine größere Barsumme. Nach Angaben der Ratingagentur Moody's ist der Markt für Verbriefungen im langfristigen Segment in Deutschland im vergangenen Jahr von 14 auf 35 Milliarden Euro gewachsen. Nach Großbritannien und Italien nimmt Deutschland damit den dritten Platz in Europa ein. Für kleinere Unternehmen lohnt sich als Finanzierungsinstrument eher ein Factoring.

Auch die europäische Kommission hat bereits auf die Finanzierungsengpässe reagiert und bietet entsprechende Programme, die auf kleinere Firmen zugeschnitten sind und vom Europäischen Investmentfonds (EIF) für die Kommission verwaltet werden. Sie investieren oder leisten geeignete Bürgschaften, nicht etwa für einzelne Unternehmen, sondern für Finanzvermittler, die den KMU dann über nationale Kreditprogramme oder Risikokapitalfonds Finanzmittel oder Unterstützung bereitstellen. Aber auch hier erschwert allerdings ein Informationsdefizit auf beiden Seiten die Kreditvergabe.

### **Mangelhafte Zahlungsmoral**

Ein schweres Liquiditätsproblem - einer der Hauptgründe für Insolvenzen - entsteht europäischen Mittelständlern auch durch das mangelhafte Zahlungsverhalten vieler Kunden. Nach Angaben der Ratingagentur Standard and Poor's hat die Zahl und das Volumen von Zahlungsausfällen bei Unternehmen im Jahr 2002 neue Rekordwerte erreicht. Weltweit haben 234 große Unternehmen ihre Schulden in einem Volumen von insgesamt 177,8 Milliarden Dollar nicht mehr bedienen

können. Im Jahr zuvor waren es noch 220 Unternehmen und 118,8 Milliarden Dollar.

Bei der Betrachtung des Zahlungsverhaltens in Europa fällt auf, dass sich die Unternehmen insbesondere in Italien, Frankreich und Belgien mit Zahlungszielen zwischen 39 und 66 Tagen viel Zeit mit der Rechnungsbegleichung lassen können. Zählt man dann noch den Zahlungsverzug hinzu, können Lieferanten in Italien schon mal knapp drei Monate auf die Begleichung ihrer Rechnungen warten. Gleichzeitig war in diesen Ländern die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen auch sehr hoch.

**Tab. 11: Zahlungsverhalten in Europa in Tagen**

■	Zahlungs-Ziele	Zahlungs-verzug	Gesamt
Italien	66 (64)	21 (24)	87 (88)
Frankreich	46 (45)	10 (12)	56 (57)
Belgien	39 (41)	22 (20)	61 (61)
Großbritannien	31 (29)	23 (28)	54 (57)
Österreich	27 (25)	10 (13)	37 (38)
Schweiz	22 (24)	14 (16)	36 (40)
Niederlande	26 (26)	20 (21)	46 (47)
Deutschland	23 (23)	17 (18)	40 (41)
Schweden	26 (24)	8 ( 9)	34 (33)

( ) = 2001

Angesichts der mangelnden Zahlungsmoral scheint die Umsetzung der EU-Richtlinie zum Zahlungsverzug im vergangenen Jahr auch nötig gewesen zu sein. Demnach sollten bis August 2002 alle Mitglieder der EU die strengeren Regeln durchgesetzt haben. Der bisher gesetzlich festgelegte Satz für Verzugszinsen steigt von 3,5 auf über zehn Prozent. Nach der neuen gläubigerfreundlicheren Richtlinie setzen sich die Verzugszinsen künftig aus dem Hauptrefinanzierungssatz der EZB, erhöht um sieben Prozentpunkte zusammen. Außerdem soll der Anspruch auf die Verzugszinsen künftig automatisch erfolgen und zwar nach dem Verstreichen der vereinbarten Zahlungsfrist oder 30 Tage nach dem Eingang der Rechnung oder nach dem Empfang der geleisteten Waren.

Doch die Regelung greift zu kurz. Sie gilt nur für den Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen. Kaufverträge mit Privaten sowie Unternehmerwerkverträge sind von der Richtlinie nicht betroffen. Außerdem werden Unternehmen gute, regelmäßig aber zu spät zahlende Kunden wohl kaum mit hohen Verzugszinsen vergraulen. Bei kleinen Beträgen könnte der bürokratische Aufwand zu hoch sein. Tatsächlich ignorieren viele Unternehmen die angemahnten Verzugszinsen ebenso wie die Zahlung der Rechnung. So hat das neue Gesetz noch nicht viel zur Verbesserung der schlechten Zahlungsmoral beigetragen. Dafür sind die Maßnahmen zur Umsetzung der Zwangsvollstreckung zu erleichtern, sodass Gläubiger schneller an ihr Geld kommen können.

### ***Vom Export zu wenig profitiert***

Die Kombination aus einer zu niedrigen Eigenkapitalquote und Forderungsausfällen kann allerdings zur Insolvenz führen, was sich in der Regel vorher durch eine rückläufige Umsatz- und Gewinnsituation bemerkbar macht.

Eine Studie der Europäischen Kommission ergab, dass im Zeitraum von 1988 bis 2001 das reale Umsatzwachstum in den europäischen Unternehmen vom Export bestimmt war. Da große Unternehmen stärker auf Auslandsmärkten vertreten sind und kleine Unternehmen auf Inlandsmärkten, wiesen die großen Unternehmen ein stärkeres Umsatz- und Produktionswachstum aus, als die kleinen. So beträgt der Anteil des Exports am Umsatz bei größeren Mittelständlern in Europa nur 13 Prozent, während dieser Anteil bei Großunternehmen bei 21 Prozent liegt.

Eine Studie der Europäischen Kommission hat ergeben, dass die Rentabilität (Differenz aus Bruttowertschöpfung und Arbeitskosten in Prozent der Wertschöpfung) europäischer Mittelständler in vielen Ländern geringer ausfällt als die von Großunternehmen. Nach Schätzungen von EIM Business Policy and Research betrug die Rentabilität von europäischen KMUs im Jahr 2000 durchschnittlich 14 Prozent, wohingegen

die Rentabilität von Großunternehmen bei über 50 Prozent lag.

Eine Aufteilung nach Ländern zeigt, dass Klein- und Mittelständler in Portugal, Irland und Italien die größte positive durchschnittliche jährliche Veränderungsrate bei der Rentabilität aufwiesen. Vermutlich wegen niedrigerer Arbeitskosten und EU-Transfergeldern. EU-Nettobeitragszahler und Hochsteuerländer wie Deutschland oder Finnland bewegen sich im unteren Mittelfeld.

### **Portugal und Irland an der Spitze**

**Tab. 12: Reale Wertschöpfung, Beschäftigung und Rentabilität nach europäischen Ländern 1988-2001**

■	Reale Wert-Schöpfung		Beschäftigung		Rentabilität *)	
	KMU	GU	KMU	GU	KMU	GU
Belgien	1,9	2,2	0,2	0,0	0,1	0,4
Frankreich	1,3	2,4	0,3	0,7	- 0,1	0,2
Deutschland	2,5	3,2	0,3	- 0,3	0,3	0,6
Griechenland	3,3	2,3	2,1	1,0	- 0,6	- 3,0
Irland	7,7	9,5	2,8	3,1	2,1	0,9
Niederlande	2,1	2,5	1,1	0,9	0,0	0,3
Portugal	3,0	3,3	0,2	0,4	2,6	0,7
Spanien	2,7	2,9	1,2	1,3	0,4	0,4

durchschnittliche jährliche Veränderung in %

\*) Differenz zwischen Wertschöpfung und Arbeitskosten, korrigiert um den imputierten Unternehmerlohn

Quellen: Schätzung von EIM Business & Policy Research; die Schätzungen basieren auf der KMU Datenbank von Eurostat, Europäische Wirtschaft, Beiheft A, Juni 2001; OECD, Wirtschaftsausblick Nr. 69, Juni 2001

Die Finanzierung ist die Achillesverse des Mittelstands europaweit. Die Kombination aus niedriger Eigenkapitalquote, erschwerter Fremdkapitalaufnahme, Liquiditätsengpässen und Gewinnrückgängen kann die Insolvenz eines Unternehmens herbeiführen. Doch auch andere Einflussfaktoren wie Konjunktur, Geld- oder Wirtschaftspolitik eines Landes haben Einfluss auf die Entwicklung von Insolvenzen. Um einen Insolvenzanstieg dauerhaft zu vermeiden, müssen die Bedingungen für all diese Einflussfaktoren verbessert werden.

## ■ 5 Insolvenzen in den USA und Japan

Die Insolvenzwelle macht nicht vor den Toren Europas halt – sowohl Japan als auch die USA haben in 2002 neue Insolvenzrekorde gemeldet. In Japan mussten im Jahr 2002 19.750 Unternehmen den Gang zum Insolvenzgericht antreten – binnen Jahresfrist ein Zugang von 4,7 Prozent. Die Schuldenhöhe beläuft sich für das erste Halbjahr auf 7,4 Billionen Yen (57,5 Milliarden Euro) – ein Zuwachs von 3,2 Prozent. 449,9 Milliarden Yen (3,5 Milliarden Euro) rühren von der spektakulärsten Pleite des Jahres in Japan her; der Bauriese **Sato Kogyo Co. Ltd.** musste im März Konkurs anmelden. Japans Unternehmen leiden seit dem Platzen der Spekulationsblase Anfang der neunziger Jahre unter hohen Bankverbindlichkeiten. Die Lage wird verschärft durch die derzeit deflationären Tendenzen in der Wirtschaft des Landes mit zurückgehenden Preisen, sinkenden Gewinnen und steigenden Verlusten. Nach Angaben der Bank of Japan (BOJ) - der Zentralbank in Japan – ist die Nachfrage nach Krediten bei den Geschäftsbanken seit Mitte der neunziger Jahre kontinuierlich gesunken.

### ***Insolvenzen akzeptieren***

Trotzdem sieht die BOJ ein Ende der Rezession. Zwar seien sowohl der private Verbrauch als auch die Unternehmensinvestitionen rückläufig – allerdings zögen aufgrund der steigenden Nachfrage auf internationalen Märkten die japanischen Ausfuhren und Industrieproduktionen im Land wieder an. Das könnte in absehbarer Zeit zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation führen. Das ändert allerdings nichts daran, dass die Bücher japanischer Banken immer noch in hoher Zahl wohl wenig gesicherte und einbringliche Kredite enthalten. Eine Bereinigung ist so riskant wie erforderlich.

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen in den USA beträgt für 2002 1.574.672. Diese gewaltige Summe wird maßgeblich von den Verbraucherinsolvenzen getragen. 1.536.135 Privatpersonen meldeten im vergangenen Jahr Insolvenz an, was einem Zuwachs von 5,8 Prozent im Vergleich zu 2001 entspricht (1.452.030). Dagegen ist der Anteil der „business bankruptcies“

binnen Jahresfrist zurückgegangen. Im Jahr 2001 gingen 40.099 Unternehmen in Konkurs, 2002 waren es etwa 38.537 – ein Rückgang von 3,9 Prozent. Dennoch beherrschten – wie in Deutschland auch – gerade im vergangenen Jahr spektakuläre Zusammenbrüche großer Konzerne die Medien. Die Insolvenz der Selbstbedienungs-Warenhauskette **Kmart** machte im Januar vergangenen Jahres den Anfang. Vor allem Fluggesellschaften und Telekommunikationsanbieter rutschten in den Pleitensog. Im August erwischte es die sechstgrößte Fluggesellschaft **US Airways**, im Dezember dann die zweitgrößte **United Airlines**. Hohe Verschuldung nach dem raschen Aufbau eines weltweiten Telekommunikationsnetzes sorgte für den Zusammenbruch der Telekom Gesellschaft **Global Crossing**.

Nicht nur Fehlinvestitionen oder schwache Geschäfte sorgten für große Zusammenbrüche – 2002 war vielmehr auch ein Jahr des Betrugs und der Anlegertäuschung. Der größte Energiehändler Amerikas **Enron** ging bankrott, nachdem offensichtlich wurde, dass ein kompliziertes Geflecht von außerbilanziellen Partnerschaften nur existierte, um Schulden aus der Bilanz zu rechnen. Noch bevor sich die Anleger von diesem Schock erholt hatten, wurden sie mit einer neuen Meldung konfrontiert: Falschbuchungen in Milliardenhöhe räumte im Juli der Telekom Riese **Worldcom** ein und beantragte Insolvenz. Diese Investorentäuschung führte zu einem massiven Vertrauensverlust an der Wallstreet und sorgte für die Verabschiedung des sogenannten „Sarbanes-Oxley-Gesetzes“. Es verlangt unter anderem die Beglaubigung der Bilanzen durch Vorstandschefs und die Einsetzung einer neuen Aufsicht für Wirtschaftsprüfer.

### ***Vertrauensbruch***

**Tab. 13: Die 10 größten Insolvenzen in den USA im Jahre 2002**

■	Branche	Umsatz in Mrd. Dollar
Worldcom	Telekommunikation	37,1
K-Mart	Einzelhandel	37,0
United Airlines	Fluggesellschaft	14,2
US Airways	Fluggesellschaft	10,1
Farmland Ind.	Lebensmittelproduktion	4,9
NTL Group	Telekommunikation	4,6
Kaiser Aluminium	Aluminium	3,8
Adelphia	Telekommunikation	3,5
National Steel	Stahl	2,4
Cellstar	IT	2,4

Anders als (tatsächlich noch) in der deutschen Insolvenzordnung sagt die Stellung eines Insolvenzantrages in Amerika noch nichts über den Fortbestand des Unternehmens aus. Die Möglichkeit der Beantragung von Gläubigerschutz nach „Chapter 11“ schützt das betroffene Unternehmen vor Klagen seiner Gläubiger. So können Finanzen in Ordnung gebracht und Maßnahmen zur Umstrukturierung getroffen werden. 2002 machten 11.293 Unternehmen in Amerika von dieser Möglichkeit gebrauch. Kritiker bemängeln das Verfahren als zu unternehmensfreundlich und marktverzerrend. Es Sorge dafür, dass eigentlich bankrotte Unternehmen als „Zombies“ weiter existieren, die andere Firmen aus dem Markt drängen. Auf der anderen Seite sind die Erfolge, die das Verfahren nach Chapter 11 verbucht, nicht von der Hand zu weisen: Continental beispielsweise hat sich unter dem Schutz von Chapter 11 zu einem profitablen Unternehmen entwickelt.

Das Problem vieler europäischer Insolvenzordnungen, die Unternehmen zu schnell liquidieren oder mit staatlicher Hilfe außerhalb des Insolvenzrechts künstlich am Leben halten, haben die Amerikaner nicht.

Ob das amerikanische Recht aber als uneingeschränktes Vorbild dienen kann, ist zumindest fragwürdig. Das Unternehmen Harvard Industries durchläuft mittlerweile zum vierten Mal das Chapter 11 – Chapter 44 sozusagen.

**Chapter 11**  
**nicht unumstritten**

## ■ 6 Zusammenfassung

Die Insolvenzzahlen in Europa haben 2002 gegenüber dem Vorjahr deutlich zulegt. Die Zahl der Gesamtinsolvenzen (inklusive der Anträge von Privatpersonen) liegt für das Jahr 2002 bei 240.977. Gegenüber 2001 entspricht dies einem Zuwachs von 21,7 Prozent (2001: 198.031 Gesamtinsolvenzen). Nur noch drei der beteiligten 17 Länder (EU plus Norwegen und die Schweiz) weisen eine Abnahme der Insolvenzen im Jahresverlauf auf: Griechenland verzeichnet einen Rückgang von 13,4 Prozent (2001: 591 Insolvenzen; 2002: 512), Irland weist einen Rückgang von 11,2 Prozent von 427 auf 379 Insolvenzen auf, Luxemburg hatte in 2001 750 Insolvenzen hinzunehmen, in 2002 sind es noch 695.

Deutschland verzeichnet den stärksten Zuwachs am Gesamtinsolvenzgeschehen. Plus 66,4 Prozent im letzten Jahr entspricht in absoluten Zahlen einem Zuwachs von 32.890 Unternehmen und Privatpersonen, die den Gang zum Insolvenzgericht antreten mussten. Den zweitstärksten Anstieg hat Spanien zu verkraften, auch wenn dort durch rechtliche Rahmenbedingungen bestimmt, die absoluten Zahlen sehr niedrig sind: 335 Insolvenzen gab es im Jahr 2001 – für das Jahr 2002 weist Spanien 448 Insolvenzen aus, das entspricht einem Anstieg von 33,7 Prozent.

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen in Europa nimmt das dritte Mal in Folge hintereinander zu. Seit 1999 steigen die Insolvenzzahlen von 184.150 (1999) auf nunmehr fast 241.000 an

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen liegt für das Jahr 2002 bei 150.275 – gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 10,7 Prozent oder knapp 15.000 Betriebe. In 2001 mussten noch 135.792 Unternehmen in Europa den Gang zum Insolvenzgericht antreten. Die höchsten Zuwächse verzeichnet Finnland (plus 34,9 Prozent auf 2.802 Unternehmensinsolvenzen in 2002) dicht gefolgt von Spanien (plus 33,7 Prozent) und der Schweiz (plus 32,9 Prozent auf 4.800 Unternehmensinsolvenzen in 2002). Rückläufige Insolvenzzahlen

verzeichnen Griechenland (minus 13,4 Prozent), Irland (minus 11,2 Prozent auf 379 Unternehmensinsolvenzen) und Luxemburg mit minus 7,3 Prozent.

Die europäische „Hitliste“ der größten Insolvenzen des Jahres 2002 liest sich wie ein deutsches Ranking: Sieben Unternehmen vertreten Deutschland überproportional: Angeführt wird die Liste von Philipp Holzmann, es folgen Babcock Borsig und die Kirch Media und schließlich die Frankfurter Gontard und Metallbank. Auf Platz fünf ein ausländisches Unternehmen: die Albert Fisher stellt die größte Insolvenz in Großbritannien. Peguform ist auf Platz sechs, und Nummer sieben ist zugleich auch die Nummer eins in Frankreich: das IT Unternehmen Metrologie. KPNQwest aus den Niederlanden folgt, und auf Platz neun und zehn rangieren wieder hiesige Unternehmen: die Fairchild Dornier aus Oberpfaffenhofen und der Baustoffhändler Mühl aus Thüringen.

Auch wenn es 2002 wie in keinem anderen Jahr zuvor ein Sterben großer Unternehmen und Konzerne gegeben hat, liegt der Schwerpunkt der Zusammenbrüche im Mittelstand. Höchstens fünf Beschäftigte zählen in Deutschland fast zwei Drittel (63,9 Prozent) der zahlungsunfähig gewordenen Betriebe. Nur 1,6 Prozent der Insolvenzanträge stammen von Unternehmen, die mehr als 100 Leute beschäftigen. Von den 20 Millionen existierenden Unternehmen in Westeuropa zählen nur 0,3 Prozent mehr als 250 Mitarbeiter

Die gestiegene Zahl der Insolvenzen hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. 1,6 Millionen Menschen drohen in Europa in 2002 ihren Arbeitsplatz zu verlieren, weil ihr Arbeitgeber Insolvenz anmeldete - 2001 waren es 1,4 Millionen.

Konjunkturelle Gründe für den Anstieg der Insolvenzen liegen vor allem in der schwachen Binnenmarktnachfrage. KMU agieren – anders als große Unternehmen – vor allem lokal. Der private Konsum – in Deutschland schon seit längerem rückläufig, schwächt sich nun in der gesamten Eurozone ab, er stieg im vergangenen Jahr um gerade noch 0,7 Prozent.

Besonders betroffen von der konjunkturellen Eintrübung zeigen sich die mittelständisch geprägten Branchen Dienstleistungsgewerbe und Bau. Im Bau nahm der Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen in Europa von 20,4 auf 21,4 Prozent zu. Der Anteil der Insolvenzen bei den Dienstleistern wuchs noch stärker: Binnen Jahresfrist von 37,8 auf 40,6 Prozent. In Summe ist das Sterben der Baubetriebe jedoch dramatischer: Der Bausektor hält in Europa nur 13 Prozent des Unternehmensbestandes, aber mehr als ein Fünftel der Insolvenzen.

Die am meisten von Insolvenzen betroffenen Wirtschaftsbereiche variieren in den einzelnen Ländern in Europa: Das Verarbeitende Gewerbe ist besonders in Großbritannien und Spanien von Insolvenzen betroffen. In Dänemark, Norwegen, Deutschland und den Niederlanden dominiert der Dienstleistungssektor das Insolvenzgeschehen.

Insbesondere die Eigenkapitalausstattung kleinerer Unternehmen ist oftmals dürftig. KMU mit weniger als 50 Millionen Euro Umsatz im Jahr verfügen in Deutschland über gerade mal 18 Prozent Eigenkapital. Zum Vergleich: Unternehmer aus Frankreich (34 Prozent) verfügen über eine sehr viel dickere Eigenkapitaldecke.

Schwierigkeit bereitet den mittelständischen Unternehmen in Europa auch die sich abschwächende Kreditvergabe. Die Zuwachsraten der Buchkredite an den privaten Sektor nimmt im Euro-Raum immer mehr ab, zuletzt (November 2002) betrug sie nur noch 4,5 Prozent. Insbesondere die seit 2001 rückläufige Kreditvergabe in Deutschland trug zur schwachen Kreditentwicklung in der Euro-Zone bei. Die Europäische Kommission reagierte bereits auf die Finanzierungsengpässe und bietet entsprechende Programme, die auf kleinere Firmen zugeschnitten sind.

Neben der restriktiveren Kreditvergabe macht KMU das langsame Zahlungsverhalten der Kunden zu schaffen. Insbesondere in Italien, Frankreich und Belgien lässt man sich viel Zeit mit der Begleichung einer

Rechnung. In Italien wird im Schnitt nach 87 Tagen gezahlt, in Belgien nach 61 und in Frankreich nach 56.

Die Finanzierung bleibt die Achillesferse des Mittelstandes in Europa. Die Kombination aus niedriger Eigenkapitalquote, erschwerter Fremdkapitalaufnahme, Liquiditätsengpässen und Gewinnrückgängen führt oftmals in die Insolvenz. Hinzu kommen die schlechte Konjunktur und eine ungünstige Steuer- und Wirtschaftspolitik.

Sowohl Japan als auch die USA haben in 2002 neue Insolvenzrekorde gemeldet: In Japan traten 19.750 Unternehmen den Gang zum Insolvenzrichter an – ein Zugang von 4,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In den USA liegt die Zahl der Insolvenzen mittlerweile bei über 1,5 Millionen. Maßgeblich für diesen hohen Wert sind allerdings die bankruptcies der Privatpersonen. Lediglich 38.537 Unternehmen gingen in 2002 in Konkurs – fast ebenso viele wie in Deutschland.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung  
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171  
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

*Alle Rechte vorbehalten*

*© 2003, Verband der Vereine Creditreform e.V.,  
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss*

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.*

Neuss, 06. Februar 2003

## **Verzeichnis der Informationsquellen**

### **Statistische Landesämter**

Belgien:	Institut National des Statistique, Brüssel
Dänemark:	Danmarks Statistik, Kopenhagen
Deutschland:	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Finnland:	Statistics Finland
Frankreich:	INSEE, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques
Griechenland:	Hellenic Republic National Statistical Service of Greece, Athen;
Großbritannien:	Office for National Statistics, London
Irland:	Central Statistical Office
Italien:	ISTAT, Istituto Nazionale di Statistica, Roma
Luxemburg:	STATEC, Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques
Niederlande:	Statistics Netherlands
Norwegen:	Statistics Norway
Österreich:	Österreichisches Statistisches Zentralamt
Portugal:	Instituto Nacional de Estatistica
Schweden:	Statistics Sweden
Schweiz:	Statistik Schweiz
Spanien:	Instituto Nacional de Estadistica

### **Deutsche Auslandshandelskammern**

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Brüssel  
Deutsch-Finnische Handelskammer, Helsinki  
Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer, Athen  
Deutsch-Schwedische Handelskammer, Stockholm  
Deutsche Handelskammer für Spanien, Madrid  
Deutsch-Amerikanische Handelskammer, New York  
Deutsche Industrie- und Handelskammer, Japan

### **Wirtschaftsinformationsunternehmen**

Centro Studi Confindustria, Rom  
Creditinform, Oslo  
Creditreform Österreich, Wien  
Creditreform Schweiz, St. Gallen  
EuroCommerce, Brüssel  
FEBIS Federation of Business Information Services, Amsterdam  
FINSKA Suomen Asiakastieto Oy, Helsinki  
Gerling Namur, Namur  
Graydon Belgium N.V., Antwerpen  
Graydon NL, Amsterdam

Graydon UK  
ICAP, Griechenland  
Intrum Justitia BV, Amsterdam  
Experian Ireland Ltd., Dublin  
Køebmandstanden, Kopenhagen  
KSV Kreditschutzverband von 1870, Wien  
Marsh, München  
Moody's, Frankfurt/Main  
OR Telematique, Paris  
SCRL Observatoire des Entreprises  
Society of Practitioners of Insolvency  
Standard and Poor's, Frankfurt/Main  
UC AB, Stockholm

### **Wirtschaftsinformationsstellen**

Banco Bilbao v. Vizcaya, Spain  
Banque Nationale de Belgique NBB, Bruxelles  
BDI, Bundesverband der deutschen Industrie, Köln  
BfAi Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Köln  
BGA, Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels, Bonn  
BHF-Bank  
Bronnoysundregistrene, Bronnoysund, Norwegen  
Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg  
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit  
Centre d'Observation (COE), Paris  
Chambre de Commerce, Luxembourg  
Department of Trade and Industry, London  
DIHT, Deutscher Industrie- und Handelstag, Bonn  
DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
Institut der deutschen Wirtschaft e. V., Köln  
Konjunkturforschungsstelle Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Zürich  
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main  
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Paris  
The Insolvency Service, London  
The World Bank Group, Paris  
US-Department of Commerce, Economics and Statistics Administration, Washington D.C.  
WIFO, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

### **Publikationen**

Bundesministerium der Finanzen, Volks- und finanzwirtschaftliche Berichte  
Creditreform-Analysen  
Deutsche Bundesbank; „Monatsberichte“, Frankfurt, 2002

Diverse Zeitungs- und Zeitschriftenartikel  
DTI, Departement of Trade and Industry UK  
Euler Trade Indemnity, Quarterly Business Review  
Euler Trade Indemnity; Quarterly Financial Trends  
Grant Thornton International; European Business  
Survey, London  
ifo - Wirtschaftskonjunktur  
Institut der deutschen Wirtschaft; „iwd“, Köln, div. Ausgaben, 2002  
Jahn, U. (Hrsg.): „Insolvenzen in Europa“, 3. Aufl., Economica-Verlag, Bonn, 1998  
Koebmandstandens OplysningsBureau A/S, Kopenhagen; Quarterly analyses, 2002

### **Veröffentlichungen der EU**

BACH-Datenbank  
DEBA, Data for European Business Analysis, Luxemburg  
Europäische Kommission, 2001  
European Network SME Research  
KMU in Europa – inklusive einer ersten Betrachtung der Beitrittsländer  
Panorama europäischer Unternehmen  
Unternehmen in Europa (sechster Bericht), Eurostat